



# Unterstützung im Existenzkampf

Mit 407 Millionen Euro starken Entlastungspaket will die Landesregierung auch die klein- und mittelständischen Unternehmen unterstützen. Fördergelder und Zuschüsse sollen auch die Kreiswirtschafts und somit den Wirtschaftsstandort Thüringen stärken.

Als eines der wenigen Landtage beschloss Mitte Oktober ein Energiehilfeprogramm in Höhe von 407 Millionen Euro. Nur die AfD und die „Bürger für Thüringen“ stimmten nicht dafür. Unternehmen, kommunale Energieversorger, Vereine, Privathaushalte, Schulen und Kindergärten sollen mit dem Geld unterstützt werden. Davon sollen bis 2025 für die Unterstützung der Wirtschaft 300 Millionen Euro genutzt werden. Die übrigen 107 Millionen Euro sind für Hilfen für Schulträger, Kindergärten, Krankenhäuser, Vereine und Privathaushalte vorgesehen.

Die Zielstellung Hilfspakets ist es, kurzfristig den Unternehmen Unterstützungsleistungen im Existenzkampf zur Verfügung zu stellen. Zeitgleich soll der Ausbau erneuerbarer Energien beschleunigt und mit mehr Kreislaufwirtschaft die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts gesichert werden.

Erste Programme dafür sind schon auf unter [www.aufbaubank.de](http://www.aufbaubank.de) zu finden:



In Thüringen stehen viele Firmen wegen der explodieren Energiepreise vor dem Aus. Mit dem Entlastungspaket stellt Thüringen konkrete Hilfe sogar noch vor dem Bund zur Verfügung.

- **InnoInvest Förderung:** für klein und mittelständische Unternehmen, Zuschuss in Abhängigkeit der Investitionshöhe bis 50.000 Euro,

- **Dekarbonisierung-Bonus:** ähnlich wie der Digitalbonus als 50 Prozent Zuschuss für Investitionen bis insgesamt 30.000 Euro.

Ab Dezember soll es dort auch die Möglichkeit eines Antrags für so genannte Billigkeitsleistungen (Zuschüsse) für Firmen geben. Diese müssten durch die gestiegenen Energiepreise in der Existenz bedroht sind.

Die Höhe der Unterstützungszahlungen nimmt insbesondere die Überbrückung der Monate bis zur bundesweiten Gaspreisbremse für die Unternehmen (ab 01.03.2023) in den Fokus. Diese hängt, unter anderem, von der Differenz der Energiekosten im Jahresvergleich 2021/22 ab.

Andreas Schubert

## Transparenter und nachvollziehbarer

Rot-Rot-Grün will das kommunale Gremien künftige mehr öffentlich Tagen – Gesetz im Januar.

Rot-Rot-Grün will bis zu 31. Januar 2023 einen Gesetzentwurf für mehr Öffentlichkeit in kommunalen Ausschüssen vorlegen. Dafür wurde extra ein Diskussionsforum eingerichtet. Beteiligte können so Einfluss auf die Arbeit des Innen- und Kommunalausschuss nehmen und auf wichtige Gesichtspunkte hinweisen. Vorbereitende Ausschüsse der Kommunen sollen nach dem Gesetzentwurf künftig auch in öffentlicher Sitzung beraten können. Das sollen die Gemeinden, Städte und Landkreise durch Regelungen in ihrer Geschäftsordnung bestimmen können. Ziel ist es, kommunale Entscheidungen transparenter und damit nachvollziehbarer zu machen. Soweit das



Geschlossen Sitzungen soll es in den Thüringern Kommunen bald nur noch in wenigen Ausnahmefällen geben.

Wohl der Allgemeinheit oder das berechnete Interesse Einzelner entgegenstehen, sollen die Kommunen nach eigenem Ermessen jedoch

auch weiterhin die Möglichkeit haben, nicht öffentliche Ausschusssitzungen durchzuführen.

Matthias Gärtner

Mitdiskutieren unter:

<https://forum.thueringer-landtag.de/dokument/herstellung-der-oeffentlichkeit-kommunalen-ausschuessen>

### Impressum

DIE THÜRINGENGESTALTER  
Kommunalpolitisches Forum  
Thüringen e.V.  
V.i.S.d.P.: Markus Gleichmann  
Landesgeschäftsstelle  
Trommsdorffstraße 4  
99084 Erfurt  
Telefon: 0361 54128389